



Der umweltpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Werner Stump, MdL:

Landesrechnungshof erteilt Umweltminister schlechte Noten

„Die CDU-Landtagsfraktion hat immer wieder auf die schleppende Novellierung des Landesabfallrechts hingewiesen“, erklärt der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NW, Werner Stump. „Nun hat auch der Landesrechnungshof in einer Untersuchung zum Einsatz von Materialien des Schutt-Recyclings im Straßenbau der Landesregierung schlechteste Noten erteilt.“

Die Kritik des LRH konzentriert sich auf die mangelhafte Erfassung von Bauschutt, den begrenzten Deponieraum, die minimalen Recyclingquoten, die fehlenden landeseinheitlichen Vorgaben und das Verhalten der Landesbehörden.

So bemängelt der LRH konkret, daß u. a.

- die Höhe des tatsächlichen Schuttaufkommens nicht zuverlässig feststellbar ist und über den Verbleib des Baugewerbeschutts nur lückenhaft Angaben vorliegen;

- trotz geringer Restkapazitäten die Neuzulassung von Bauschuttdeponien gering ist und dadurch Einbußen in der Standortdichte erfolgen;

- beim nachgewiesenen Schuttverbleib zu wenig in qualifizierter Form recycelt wird;

- Abfallentsorgungspläne sowie landesweite und -einheitliche Vorgaben für die Bauschuttentsorgung fehlen;

- ein bautechnisches Regelwerk mit Güte- und Prüfbestimmungen sowie verbindliche Festlegungen von Schadstoffarten und -grenzwerten nicht vorliegen.

Stump: „Umweltminister Matthiesen gibt sich zwar gerne als Schokoladenverkäufer, wenn er mit Einzelaussagen Etikette

betreibt. Er versteht es so, das Desaster in der Abfallentsorgung zu überspielen.“

„Das Ergebnis der Untersuchung durch den LRH verdeutlicht die umweltpolitisch verfehlte Abfallentsorgungspolitik der Regierung Rau und die Schlafwagenarbeit des Umweltministers Matthiesen“, erklärt Stump und ergänzt: „Das einzige, was im Hause des Ministers Matthiesen funktioniert, ist seine Verkaufsabteilung.“ **Zu Recht stellt der LRH fest, daß ein staatlicher Handlungsbedarf besteht.**

Stump fordert daher die Schaffung von Rahmenbedingungen, damit die „wilden Kippen“ und der „blühende Mülltourismus“ nun endlich gestoppt wird.

Mit Minister Töpfer: LACDJ tagt zum Thema Umweltrecht

Der LACDJ der CDU Nordrhein-Westfalen veranstaltet am Samstag, 11. März, 10 Uhr, eine öffentliche Tagung im Kreishaus in Detmold.

Hauptredner wird Bundesumweltminister Töpfer sein. Veranstaltungsthema ist das „Umweltrecht“.

Auskünfte: Tel. (02 11) 1 36 00 38 (Herr Wollziefer).

Uhlenberg: Durchbruch für sozialverträglichen

Strukturwandel in der Landwirtschaft

Als entscheidenden Durchbruch für einen sozialverträglichen Strukturwandel in der Landwirtschaft bezeichnete der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Eckhard Uhlenberg das im Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit. „Mit diesem Gesetz wird sozialpolitisches Neuland betreten. Es entspricht deshalb einer zentralen Forderung der CDU Nordrhein-Westfalen für einen sozialverträglichen Strukturwandel in der Landwirtschaft“, erklärte Uhlenberg.

Die sich durch die Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik ergebenden Konsequenzen für die deutschen Bauern würden durch staatliche Hilfen für den Übergang in den Ruhestand — bei Flächenstillegung bzw. Landabgabe — sozial begleitet. Als Beitrag zur Marktentlastung, zur sozialen Abfederung des Strukturwandels und um Fehlinvestitionen zu vermeiden investiere die Bundesregierung mit diesem Gesetz über vier Jahre hinweg insgesamt 1,1 Milliarden DM. Uhlenberg dankte Bundesminister Norbert Blüm, der dieses Gesetz federführend bearbeitet hat.

CDU warnt vor „miesen Finanzierungstricks“

SPD-Hochschulpolitik ist ein Betrug an der jungen Generation

Mit einem scharfen Appell warnt der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Horst Posdorf, die Landesregierung davor, durch „miese Finanzierungstricks“ das Sonderprogramm des Bundes für die Hochschulen zu konterkarieren.

„Die für NRW von Bonn erwarteten 47 Millionen DM müssen von der Landesregierung voll mit Komplementärmitteln versehen werden und zur Kapazitätserweiterung an unseren Hochschulen ohne jeden Abzug eingesetzt werden“,

fordert der wissenschaftspolitische Sprecher.

Die Vorstellungen, bereits in den Haushalt eingesetzte Gelder für den Notzuschlag auf Zeit auf die Bundesmittel anzurechnen und so den Hochschulen wiederum über 10 Millionen DM zu entziehen, weist Posdorf ganz energisch zurück. Es gehe nicht an, daß die Bundesregierung mit 2,1 Milliarden die Hochschulen in der Bundesrepublik unterstütze und die nordrhein-westfälische Landesregierung wieder einmal mit

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

CDU-Gewerkschafter begrüßen Vorschlag für die betriebliche Weiterbildung

Der Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter in der CDA NRW, **Edgar Prochnow**, der auch stellvertretender Vorsitzender des DGB-Landesbezirks NRW ist, begrüßte für seine Arbeitsgemeinschaft ausdrücklich den Vorschlag der Bundes-CDA, statt Nachschlagsforderungen bei Löhnen und Gehältern die betriebliche Weiterbildung auszubauen, um mehr Arbeitnehmer besser zu qualifizieren.

„Die Höher-Qualifizierung muß Gegenstand einer konzertierten Aktion von Arbeitgebern, Gewerkschaften und den betrieblichen Arbeitnehmervertretungen sein“, so Prochnow.

Besonderes Augenmerk sei dabei auf die weniger Qualifizierten zu legen. Die Mentalität vieler Betriebe, zunächst die hochqualifizierten Arbeitnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen zu beteiligen, führe zu

erheblichen Verschiebungen bei den Arbeitnehmern, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt auswirkten: Hochqualifizierte mit guten Einkommen und sicheren Arbeitsplätzen — Minderqualifizierte mit geringen Einkommen auf unsicheren Arbeitsplätzen bzw. in der Arbeitslosigkeit. „Auch Un- bzw. Angelernte brauchen ihre Chance und müssen dazulernen können“, forderte der CDU-Gewerkschafter, dabei hob er als besonders positiv den **neuen Tarifvertrag der IG Metall zur Weiterbildung** in der Metall-Industrie in Baden-Württemberg hervor.

Prochnow verwies auch auf den gemeinsamen Binnenmarkt in der EG ab 1992: **„Ein hohes Qualifikationsniveau der deutschen Arbeitnehmer ist der wichtigste Standortvorteil für die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland.“**

Rhetorik für die politische Praxis

Wer im Wahlkampf eigene Standpunkte überzeugend und wirkungsvoll darstellen will, muß die Regeln der Rhetorik beherrschen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterbreitet dafür im Schloß Eichholz bei Weseling ein ebenso umfangreiches wie ausgezeichnetes Angebot.

In den Monaten März bis Juni 1989 sind in drei Rhetorik-Seminaren (jeweils an Wochenenden) noch einige Plätze frei. Auskünfte für Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen sind unter der Telefon-Nr. (0 22 36) 7 07-2 39 (Frau Fuchs) erhältlich.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)
Rechenricks versuche, sich aus der Verantwortung für unsere Hochschulen zu entziehen.

„Den überlasteten Fächern und damit unseren Studentinnen und Studenten muß jetzt sofort und in vollem Umfang geholfen werden. Alles andere wäre eine Augenwischerei zu Lasten unserer jungen Generation und ein Betrug an ihr“, erklärte Posdorf.

Termine

10. 2. bis 11. 2. 1989	15.00 Uhr	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Akademietagung: „Wieviel Ordnung braucht der Mensch?“ (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-38)	Mülheim
17. 2. 1989	12.00 Uhr	„Europa und das Ruhrgebiet“, Europa-Konferenz der CDU des Ruhrgebiets, mit Dr. Karl-Heinz Narjes, Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (Auskünfte: Tel. [02 34] 58 13 61)	Bottrop
23. 2. 1989	19.30 Uhr	EAK-Bezirksverband Mittelrhein: „Die Macht der Medien — Brauchen wir eine Ethik für Journalisten?“ (Auskünfte: Tel. [02 11] 1-36 00-38)	Bonn 2
25. 2. 1989	19.30 Uhr	„Das Ruhrgebiet und Belgien“ (Partnerstadt Vilvoorde), Europa-Konferenz der CDU des Ruhrgebiets (Auskünfte: Tel. [02 34] 58 13 61)	Ennepetal
3. 3. 1989	18.00 Uhr	„Ein Jahr nach der Ruhrgebietskonferenz“, mit Bundeskanzler Helmut Kohl	Oberhausen Stadthalle
4. 3. bis 5. 3. 1989		Seminar der Dufhues-Stiftung: „Rente — Leistungsanspruch oder Almosen“ (Auskünfte: Tel. [02 31] 43 38 93)	
10. 3. 1989	19.30 Uhr	„Das Ruhrgebiet und Irland“, Europa-Konferenz der CDU des Ruhrgebiets (Auskünfte: Tel. [02 34] 58 13 61)	Gelsenkirchen
10. 3. bis 12. 3. 1989		Seminar der Dufhues-Stiftung: „Die deutschen Parteien im Vergleich“ (Auskünfte: Tel. [02 31] 43 38 93)	
11. 3. 1989		Frauenunion Nordrhein-Westfalen: Landesdelegiertentagung (Auskünfte: [02 11] 1 36 00-46)	Bonn
11. 3. 1989	10.00 Uhr	JU Nordrhein-Westfalen: 6. NRW-Tag (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00 44)	Herzogenrath
22. 4. 1989	10.00 Uhr	CDA Nordrhein-Westfalen: Landestagung (Auskünfte: Herr Lindemann/Frau Reitz, Tel. [02 11] 1 36 00 57)	Bergheim
29. 4. 1989		6. Landesparteitag	Siegen